

# Rats-Sondersitzung zu Munitions-Funden

*CDU und FWG sehen keinen Informationsbedarf*

■ **Verl** (jahu/lina). Die von der SPD beantragte Sondersitzung des Rates wird am Donnerstag, 9. Oktober, um 17 Uhr stattfinden. Die Fraktion hatte eine „Information über die bisherige und geplante munitionstechnische Untersuchung auf dem Grundstück der Marienschule“ gefordert. Die Grünen-Fraktion befürwortet den Antrag, die FWG sieht dafür keine Notwendigkeit.

Wie berichtet, waren am 16. September und wenige Wochen zuvor in der Nähe des Kletterturms im Spielbereich des Pausenhofs zwei deutsche 8-Zentimeter-Wurfgranaten vom Typ 34 Üb entdeckt worden. „Gefahr für Schüler, Lehrer, Eltern und Öffentlichkeit hat zu keiner Zeit bestanden“, so Bürgermeister Paul Hermreck in einer Pressemitteilung zu dem Thema. Die Verwaltung weist die Vorwürfe zurück, sie habe die Bevölkerung über die Funde und eine mögliche Gefahrenlage nicht ausreichend informiert. Die SPD hat nun von der in der Gemeindeordnung vorgesehenen Möglichkeit, eine Sondersitzung zu fordern, Gebrauch gemacht. „Die Einladung geht morgen raus“, sagte Elke Hänel, Sprecherin der Stadt gestern.

Peter Heethey, Vorsitzender der SPD-Fraktion, ist der Ansicht, dass nicht nur der Rat, sondern auch die Öffentlichkeit über den augenblicklichen Untersuchungsstand, die konkrete Gefahrensituation und die weiteren Funde lückenlos und zeitnah informiert werden müssen. „Die Ratsvertreter ha-

ben eine Verantwortung den Bürgern gegenüber. Diese können wir nicht wahrnehmen, wenn wir nicht informiert sind“, so Heethey. „Ich fühle mich nicht schlecht informiert“, meint dagegen Luc Solemé, Fraktionsvorsitzender der Freien Wählergemeinschaft (FWG). Er zeigt sich erstaunt über die Vorwürfe gegen den Bürgermeister. „Ich finde, man sollte die Kirche im Dorf lassen.“

Die Fraktionsvorsitzende der CDU, Gabriele Nitsch, möchte sich erst nach der Sondersitzung zu den Vorwürfen äußern. „Ich habe darüber auch noch nicht mit meiner Fraktion gesprochen“. Es sei jedoch das gute Recht der SPD, eine Sondersitzung zu beantragen. „Ich glaube aber nicht, dass die Verwaltung da fahrlässig gehandelt hat“, so ihre persönliche Meinung.

Die Fraktion der Grünen befürwortet die Sondersitzung. „Es gibt offenbar ein Informationsdefizit. Diese Informationen zu überbringen wäre Pflicht des Bürgermeisters gewesen“, meint der Fraktionsvorsitzende Johannes Wilke. Die Sondersitzung könne dieses wieder ausgleichen. Die Grünen werfen dem Bürgermeister aber noch in anderen Fällen Nicht-Information vor. Wilke: „Beispielsweise wurde unser Antrag vom 10. September zum Klimaschutzkonzept nicht an den zuständigen Bauausschuss aber auch nicht an den Rat weitergeleitet.“ Außerdem sei der Rat nicht ausreichend über die geplanten Bauarbeiten zur Ortsdurchfahrt informiert worden.



**Sondersitzung des Rates ist terminiert:** Die SPD hatte die Sitzung im Zuge der Munitionsfunde an der Marienschule gefordert. FOTO: GOTTWALD